

Auch auf der japanischen Insel Okinawa gibt es Probleme mit den US-Streitkräften – Klagen gegen Fluglärm und einen Absturz und Bürgerproteste wegen eines Umweltskandals oder einer geplanten Schießanlage!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 174/07 – 24.08.07**

Die Einwohner Okinawas haben die gleichen Probleme mit den US-Streitkräften wie die Westpfälzer und die Saarländer

Ein japanisches Gericht verhandelt immer noch über den Fluglärm, der von der Air Base Futenma ausgeht (<http://stripes.com/article.asp?section=104&article=55247&archive=true>)

Wir haben bereits mehrfach über den Prozess berichtete, den Anwohner wegen des Fluglärmterrors führen, der von der US-Air Base Futenma ausgeht (s. LP 098/07, 122/07 und 131/077). Die Verhandlung wurde am 28.07.07 mit einer erneuten Anhörung der beiden Umwelt-Mediziner Hiramatsu und Matsui fortgesetzt. Wieder berief sich ein Anwalt der japanischen Regierung auf Aussagen von Anwohnern, der Fluglärm störe sie nicht. Hiramatsu erwiderte, auch wer den Krach nicht mehr wahrnehme, leide unter seinen Folgen. Fluglärm schwäche das Immunsystem und störe den Hormonhaushalt. Der Körper zeige typische Stressreaktionen. In der Verhandlung ging es um Aussagen in dem Report "Auswirkungen des Lärms von US-Flugzeugen auf die Gesundheit", den die Regionalregierung von Okinawa in Auftrag gegeben hatte. Hiramatsu und Matsui gehören zu den Autoren des Berichts.

Auch wir würden uns freuen, wenn die Landesregierungen in Mainz oder Saarbrücken die gesundheitsschädlichen Wirkungen militärischen Fluglärms untersuchen ließen, um ihre lärmgeplagten Bürger in juristischen Auseinandersetzungen mit den Genehmigungsbehörden des Bundes zu unterstützen.

Verfahren gegen vier Mechaniker, die den Absturz eines US-Hubschraubers zu verantworten haben, von japanischen Strafverfolgungsbehörden eingestellt (<http://stripes.com/article.asp?section=104&article=55609&archive=true>)

Am 13. August 2004 war in der Nähe der Futenma Air Base auf dem Campus der International University von Okinawa ein US-Hubschrauber des Typs CH-53 Sea Stallion abgestürzt. Dabei wurden drei US-Besatzungsmitglieder verletzt und ein Universitätsgebäude beschädigt. Einheimische kamen nicht zu Schaden. Die Ursache für den Absturz sollen mangelhafte Wartungsarbeiten gewesen sein. Für Vergehen, die US-Soldaten im Dienst begehen, ist auch in Japan die US-Militärjustiz zuständig.

Wegen des Absturzes wurde auf Betreiben der japanischen Regierung die Abflugroute so geändert, dass startende Hubschrauber nicht mehr über das Universitätsgelände fliegen. Von der US-Air Base Ramstein abhebende Schwersttransporter fliegen immer noch über Wohngebiete, obwohl sie nachweislich auch über Wiesen oder Waldgebiete starten könnten. Bundes- und Landesregierung haben bisher nichts zum Schutz der Bevölkerung unternommen. Die Erstellung eines Absturzgutachtens wurde sogar abgelehnt.

Durch Schlamperei sind aus einem Treibstofftank auf der US-Air Base Kadena über 2000 Liter JP-8 ausgelaufen und im Erdreich versickert. (<http://stripes.com/article.asp?section=104&article=48166>)

Vom 25. bis zum 29. Mai dieses Jahres sind aus einem oberirdischen Tank in der Nähe der Start- und Landebahn durch technische Fehler und Versäumnisse bei der Überwachung von Füllvorgängen angeblich nur 4.000 Pounds (etwa 2.000 l) JP-8 ausgelaufen

und versickert. Da um den Tank mehr als 650 Kubikmeter Erdreich ausgehoben wurden, dürfte die ausgelaufenen Menge wesentlich größer gewesen sein. Auch in Japan sollen Bakterien das verseuchte Erdreich dekontaminieren.

Dieses äußerst langwierige Verfahren wird bereits auf der US-Air Base Ramstein angewendet. Bis heute ist die Reinigung des Bodens, der bei dem Galaxy-Absturz am 29. August 1990 westlich des Ramsteiner Flugplatzes kontaminiert wurde, noch nicht abgeschlossen.

Das im Lauf der Jahrzehnte neben anderen Schadstoffen tonnenweise ins Grundwasser unter der Air Base Ramstein gelangte JP-8 kann so jedenfalls nicht daraus entfernt werden (s. LP 160/07). Wenn die Wasserschutzbehörden nicht umgehend wirkungsvollere Maßnahmen ergreifen, werden bald auch die an den Flugplatz angrenzenden Wasserschutzgebiete – wie das bei Rodenbach – nicht mehr zur Trinkwasserförderung genutzt werden können.

Rat lehnt Pläne der US-Army für einen neuen Schießplatz in unmittelbarer Nachbarschaft der Stadt Kin ab (<http://stripes.com/article.asp?section=104&article=48189>)

Schon im Juli 2005 protestierten Tausende Anwohner gegen das Camp Hansen der Army Special Forces, das nur 328 Yards (rd. 300 m) von einem Wohngebiet der Stadt Kin entfernt liegt. Damals hatte die japanische Regierung versprochen, sich für eine Verlegung der Einrichtung einzusetzen. Der Plan der US-Streitkräfte, trotz der damaligen Demonstration einen zweiten, sogar dreistöckigen Schießstand mit 10 Schießbahnen bauen zu lassen, empörte die Bevölkerung und veranlasste den Stadtrat zu einer Protest-Resolution. Darin heißt es u. a.: "Der Plan für einen weiteren Schießplatz zeigt, dass die Regierungen der USA und Japans nichts aus der Demonstration im Jahr 2005 gelernt haben."



Protest-Demonstration auf Okinawa
(Foto: <http://wwwarc.murdoch.edu.au/img/flyer.pdf>)

Die Resolution wird den zuständigen japanischen Behörden, den US-Streitkräften in Japan und der US-Botschaft in Tokio übergeben.

Das Verhalten der US-Streitkräfte und der einheimischen Behörden auf Okinawa erinnert sehr an ähnliche Vorgänge um die geplanten Granaten-Übungsplätze der US-Army bei dem Kaiserslauterer Ortsteil Siegelbach (s. LP 059/07, 069/07, 070/07, 090/07, 103/07 und 123/07).

Die Westpfälzer könnten viel von den Japanern auf Okinawa lernen. Dort beschränkt sich der Widerstand nicht auf Bürger- und Friedensinitiativen, der Protest wird deutlich sichtbar von der Mehrheit der Inselbewohner mitgetragen und tatkräftig von lokalen und regionalen Behörden unterstützt.

Wir hoffen immer noch, die Westpfälzer und Saarländer wachrütteln zu können – mit unseren Informationen über das Erkrankungsrisiko durch militärischen Fluglärm und die wachsende Schadstoffbelastung der Luft, des Bodens und des Grundwassers, mit Hinweisen auf drohende Abstürze von Flugzeugen mit hochexplosiver Fracht und durch das Anprangern der ständigen Verstöße der US-Streitkräfte gegen das Völkerrecht und unsere Verfassung. Nur gemeinsam werden wir es schaffen, die Kriegsvorbereitungen des US-Militärs auf und über unserem Territorium zu stoppen und die schändliche Komplizenschaft deutscher Politiker und Behördenvertreter zu beenden.